

Geht es nach Hans-Werner Sinn, sind alle Maßnahmen zum Klimaschutz unwirksam.

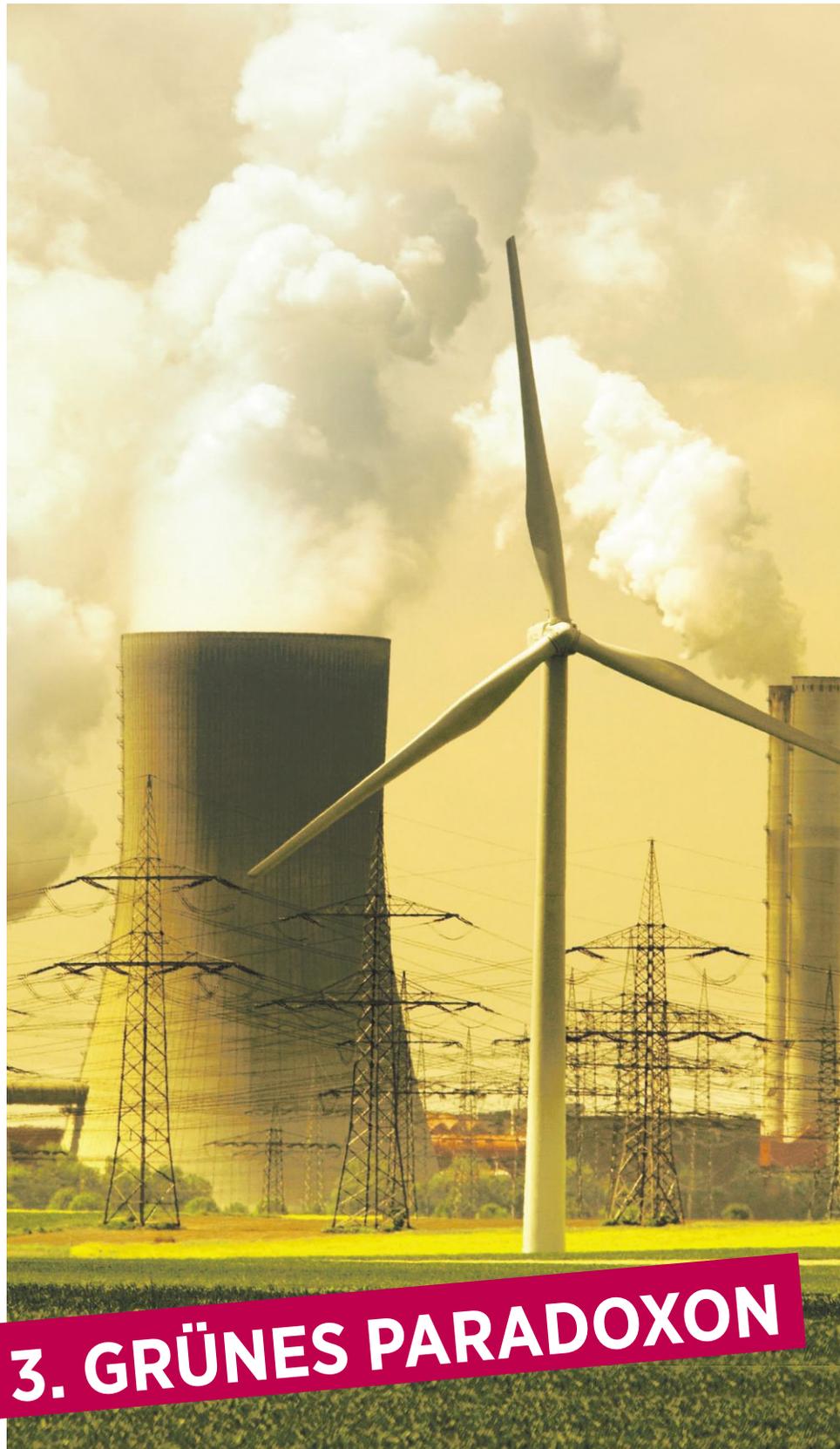
Ein Irrglaube, sagt **Claudia Kemfert**.

Es wird viel geklagt über den europäischen Klimaschutz. Den einen gehen die Maßnahmen nicht weit genug, den anderen gehen sie zu weit. Eine originelle und damit medienwirksame Kritik kommt von Hans-Werner Sinn: Er stellte vor sechs Jahren die These auf, dass alle Klimaschutz-Maßnahmen letztendlich unwirksam und somit unsinnig sind. Klimaschutz führt laut Sinn nicht zu weniger, sondern zu mehr Emissionen. Sein pointierter Name für diese These: „das grüne Paradoxon“.

Der Volkswirt aus München argumentiert dabei ähnlich, wie etwa ein bayerischer Milchbauer es tun würde: Dessen Wirtschaftsverständnis basiert auf der simplen Erfahrung, dass ein Bauer jeden Tag die Milch seiner Kuh auf den Markt bringt - und Angebot und Nachfrage sich wechselseitig regulieren. Wird weniger Milch als sonst verkauft - etwa aus Tierschutzgründen -, sinkt die Nachfrage und somit der Milchpreis. Die Milchbauern vereinbaren nun gemeinsam, mehr Milch auf den Markt zu bringen, um den gesunkenen Preis zu kompensieren, so dass man weiterhin bequem vom Ertrag leben kann. Der Tierschutz kommt bei der Kuh nicht an.

Aber die Bauern sind bekanntlich schlau. Man ahnt, dass die Milch-Nachfrage bald weiter sinken wird, weil der Tierschutz immer bedeutsamer wird. Daher entscheidet man, den Kühen nun ohne jede Rücksicht auf ihre Gesundheit so viel Milch wie möglich abzurufen. Das Ziel ist, solange es geht, das Maximum an Geld verdienen. Dass die Kühe deswegen früher sterben, wird in Kauf genommen. So entsteht das Paradox: Die Tierschutz-Ambitionen haben den Kühen ein elendes Leben besorgt.

Man setze an die Stelle des Bauern die ölproduzierenden Länder, die Milch ist Öl, und statt um Tier- geht es um Klimaschutz. Beide, die Milchbauern und der Professor, verwenden ein einfaches, theoretisches intertemporales Wachstumsmodell, bei dem ein repräsentativer Ressourcenbesitzer über die Zeit hinweg, in der eine endliche Ressource genutzt wird, den Verbrauch bestimmt, damit der Gegenwartswert seiner heutigen und künftigen Gewinne maximiert wird. Im Idealfall wird die Ressource in einer bestimmten Geschwindigkeit abgebaut, so dass eine Über- und Unternutzung im Zeitablauf im Vergleich zu einer Kapitalverzinsungsverhindert wird. Da der Markt weder die Schäden noch die Endlichkeit der fossilen Ressource von selbst erkennt, muss der Staat korrigierend eingreifen, etwa durch eine Steuer. Durch Klimaschutzpolitik will man diesen Pfad der Ressourcenextraktion so verflachen, dass schon heute weniger fos-



3. GRÜNES PARADOXON

Windrad vor einem Braunkohlekraftwerk: Wo sind die Grenzen beim Klimaschutz?

sile Energien abgebaut und die bei der Verbrennung entstehenden klimagefährlichen Treibhausgase reduziert werden.

Sinn behauptet in seinem stark vereinfachten Modell, dass selbst eine weltweite Wertsteuer auf fossile Energie den Abbaupfad nur wenig abflachen lässt. Wenn zudem die Ölscheichs - schlau wie die Bauern - die konstante Steigerungsrate des Steuersatzes antizipieren, könne es, so Sinn, theoretisch dazu kommen, dass die Ressourcen durch eine solche Klimaschutzpolitik schneller statt langsamer abgebaut werden und die Emissionen somit global steigen. Die Klimapolitik wäre dann nicht nur unwirksam, sie wäre sogar schädlich. Das ist sein Paradox.

Und was folgert der clevere Milchbauer daraus? Es sei unsinnig, Energie zu sparen; man könne auch weiterhin lustig Öl verbrennen. Hurra!

Drei Gründe sprechen dagegen:

1. Die globale Ölnachfrage steigt. Stark wachsende Volkswirtschaften fragen weit mehr Öl nach, als die OECD-Länder einsparen können. Laut zahlrei-

chen Studien ließen sich durch aktiven Klimaschutz in den Industriestaaten bis zu sechs Millionen Barrel Öl pro Tag einsparen. Eine höhere Menge scheint unrealistisch. Denn die Erforschung neuer Techniken, eine flächendeckende Gebäudedämmung und Schaffung einer neuen Infrastruktur brauchen Zeit, viel Zeit. Und den dann gesparten sechs Millionen Barrel pro Tag stünden wahrscheinlich etwa 25 Millionen Barrel gegenüber, die von den stark wachsenden Volkswirtschaften verbraucht würden. Was entmutigend klingt, hat aber vor allem einen wichtigen Effekt: Knappheiten sind programmiert. Öl wird zur Mangelware.

2. Sinns grünes Paradox geht davon aus, dass das Ölangebot beliebig und ohne wesentliche Mehrkosten ausgedehnt werden kann. Doch selbst die Opec rechnet nur mit einer Angebotsausweitung auf bis zu 116 Millionen Barrel pro Tag bis zum Jahr 2025, die Internationale Energieagentur IEA nur mit maximal 100 Millionen Barrel pro Tag. Um die Ölreserven in entlegeneren Winkeln der Erde anzuzapfen (per Fracking, Ölbohrungen in der Tiefsee oder im Permafrostboden), bräuchte es entsprechende Investitionen. Ist der Ölpreis niedrig - wie in aktuellen Krisen -, lohnt sich das nicht. Für den Milchbauern: Selbst die teuerste Turbo-Kuh kann nicht unendlich viel Milch geben!

3. Ein ölspezifisches Phänomen, das vermutlich nicht ins landläufige Denken passt, besagt, dass die Öl-Nachfrage tendenziell mittelfristig „preis-unelastisch“ ist. Sie steigt weiter, auch wenn der Preis steigt, und umgekehrt steigt sie keineswegs zwangsläufig dauerhaft an, nur weil der Ölpreis fällt. Energie-Ökonomen sind sich deswegen einig, dass der Ölpreis mittelfristig steigen wird - unabhängig von aktuellen kurzfristigen Spekulationsschwankungen. Somit werden alle Volkswirtschaften langfristig nach günstigeren Alternativen der Energieversorgung suchen müssen. Schon heute sind erneuerbare Energien oftmals günstiger als fossile. Klimaschutzmaßnahmen, die die Entwicklung umweltfreundlicher Techniken fördern, sind also zugleich Wirtschaftsförderungsmaßnahmen.

Das simple Sinn'sche Paradox vergisst zudem, dass neben Öl vor allem die Kohle zu den klimaschädlichen Energiequellen gehört. Anders als bei Öl oder Gas gibt es Kohle in nahezu allen Ländern der Welt - also auch kein regulierendes Angebotskartell. Außerdem ist nicht der Öl-, Gas- oder Kohlepreis entscheidend, sondern der Preis für Kohlenstoff oder Kohlendioxid. Genau das ignoriert Sinn jedoch.

Statt dem Ressourcen-Angebotskartell ein Nachfragekartell gegenüberzustellen, wie Sinn es fordert, brauchen wir neben nationalen Maßnahmen zum Klimaschutz vor allem einen funktionierenden globalen Emissionshandel. Und wir müssen endlich beginnen, Energie einzusparen, vor allem im Gebäude- und Mobilitätsbereich. Eine Energie, die nicht verbraucht wird, verursacht weder Kosten noch Emissionen. Wer hier investiert, verhindert nicht nur eine Energiekrise, sondern ermöglicht wirtschaftliches Wachstum. Das scheint schlauer als theoretische Gedankenspiele um simplifizierende Paradoxa.

Claudia Kemfert leitet die Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin und ist seit 2009 Professorin für Energieökonomie und Nachhaltigkeit an der Berliner Hertie School of Governance. Die 46-Jährige gilt als Wirtschaftsexpertin auf den Gebieten Energieforschung und Klimaschutz.

